



Freie Demokratische Partei  
FDP-Gemeinderatsgruppe Rastatt

## **F D P – H a u s h a l t s r e d e   2 0 1 9**

**- Es gilt das gesprochene Wort! -**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Beigeordnete  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen  
meine Damen und Herren

Wir haben ein erfolgreiches Jahr 2019 hinter uns. Der Gemeinderat hat sich nach der Kommunalwahl neu konstituiert. Gemeinsam haben wir die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortgeführt und wichtige zukunftsweisende Entscheidungen getroffen.

Rastatt bewirbt sich für eine Landesgartenschau. Diese Herausforderung kombinieren wir bereits mit der Vorbereitung auf eine eventuelle Werkserweiterung der Daimler AG. Die Umsetzung des Feuerwehr-Bedarfsplanes hat das Ehrenamt gestärkt und die Feuerwehr zukunftsfähig gemacht. Der Mobilitätspakt ist ein wichtiger und mit dem notwendigen Augenmaß gestalteter Beitrag zum aktiven Klimaschutz. Und wir haben eine Analyse beauftragt, um mögliche weitere Schritte vorbereiten zu können.

Eines vielleicht vorweg: Aus Sicht der FDP gehört die angestoßene Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild nicht dazu. Die rechtliche Zulässigkeit ist hoch umstritten, die Steuer wird weitestgehend ohne Anwendungsbereich bleiben, wenn das Verbot von Einwegplastik durch die EU kommt, dafür werden aber die Ausarbeitung, Erhebung und Überprüfung dieser Steuer einen enormen bürokratischen Aufwand in der Verwaltung und im Einzelhandel verursachen.

Die größte Herausforderung in den kommenden Jahren ist aber die drastisch veränderte Haushaltslage.

In einer solchen Situation kann es auch angebracht sein, Darlehen aufzunehmen. Das geht aber nur, wenn zuvor Einsparpotentiale ermittelt und realisiert werden und die Schuldengelder zielgerichtet eingesetzt werden, um den Haushalt zu stabilisieren. Die Aufnahme von Schulden für ein einfaches „weiter so“ lehnen wir ab. Investitionen sind so zu priorisieren, dass wir den Zug wieder auf die Gleise gestellt bekommen und sichergehen, dass wir unsere Aufgaben auch in Zukunft werden wahrnehmen können.

Natürlich wird es nicht möglich sein, die Gewerbesteuerschwankungen der Daimler AG vollständig auszugleichen. Deshalb wäre es falsch, aus gekränkter Eitelkeit die Werkserweiterung aufs Spiel zu setzen. Aber wir müssen auch alles daran setzen, diese Schwankungen durch die Neuansiedlung von Unternehmen und die Stärkung der Bestandsunternehmen zumindest in gewissem Maße zu nivellieren. Dafür benötigen eine kompetente Start-Up-Förderung und eine Ansiedlungsstrategie für Neuunternehmen, sowie Maßnahmen zur Stärkung insbesondere des Einzelhandels. Der Handel benötigt Frequenz und Kaufkraft. Für Ersteres müssen wir die Erreichbarkeit mit ÖPNV und Fahrrad verbessern, dürfen aber auch den Individualverkehr mit dem Auto nicht vernachlässigen. Wir fordern daher, den Gemeinderatsbeschluss zum kostenlosen Parken in der Badner Halle schnellstmöglich umzusetzen. Das Nachdenken über eine zukünftige Erhöhung der Gewerbesteuer halten wir in dieser Lage für völlig verfehlt.

Aber wir benötigen auch Maßnahmen, um die Kaufkraft zu erhöhen. Die zeitnahe Erschließung von Merzeau muss daher unabhängig von der Landesgartenschau vorbereitet werden. Und dabei müssen wir von der einseitigen Konzentration auf Geschosswohnungsbau absehen, um auch tatsächlich für kaufkräftige Familien attraktiv zu sein und die Abwanderung von Kaufkraft ins Umland zu beenden.

Damit wir die geplanten Projekte durchführen können, benötigt die Gemeinde angesichts der Haushaltslage mehr finanziellen Spielraum. Wir müssen bereit sein,

unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Einige Projekte werden später oder nicht in der geplanten Form umgesetzt werden können.

Das betrifft zunächst das KombiBad. Wir sind bereit, die Wasserfläche hoch zu halten, aber die übrigen Module sind angesichts der Kosten schlicht entbehrlich. Aber auch andere Projekte, wie der Umbau des Postplatzes, müssen kritisch überprüft werden. Und wir benötigen ein klares Bekenntnis, die Ergebnisse der Eigenbetriebe zu verbessern.

Überhaupt nicht ins Bild passt in diesem Zusammenhang, dass die Verwaltung nach der im Vorjahr hier auch im Gemeinderat kritisierten Einstellungswelle nochmals neue Stellen schaffen will. Selbst abzüglich der neuen Stellen für die Feuerwehr, die wir nach wie vor mittragen, sprechen wir immer noch über eine zweistellige Anzahl neuer Stellen. Neugeschaffene Stellen belasten den Haushalt langfristig, durch Tarif- oder Eingruppierungsänderungen werden die Kosten für die Zukunft sogar noch weiter steigen.

Um diese und weitere Einsparpotentiale zu ermitteln und auch die Abläufe zu optimieren muss nun endlich ein externes Controlling angegangen werden, das über GPA-Einschätzungen hinausgeht.

Der Haushaltsentwurf in der jetzigen Form lässt sowohl bei der Priorisierung der Investitionen, als auch bei den Einsparpotentialen den notwendigen Nachdruck vermissen. Nach der derzeitigen Planung wird in Kürze nur noch die gesetzlich vorgeschriebene Mindestliquidität vorhanden sein, ohne, dass die Kreditaufnahme zumindest mittelfristig Entlastung brächte. Wir haben dann keine Mittel mehr, um neue Projekte anzugehen. Dadurch nehmen wir uns schlicht und ergreifend jeglichen Handlungsspielraum und die nötige Flexibilität, die Zukunft Rastatts nach unseren Vorstellungen zu gestalten.

Wir halten dies für den falschen Weg. Daher lehnt die FDP den Haushaltsentwurf in der derzeitigen Form ab.